

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Eisenbahnstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel Expedition: Dresden-Alt. / Eisenbahnstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtschloß: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstage 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Mittwoch, den 5. Januar 1927 Nummer 3

Im Schatten der Deutschnationalen

Dresden, 5. Januar.

Nachdem der Landesvorstand der KPD am Montag zu den Fragen der Regierungsmöglichkeiten in Sachsen Stellung genommen und die von uns mitgeteilte Entscheidung gefolgt hat, haben die Parteien des Bürgerblocks mit ihren antisozialdemokratischen Steigbügelhaltern gestern eine gemeinsame interfraktionelle Besprechung abgehalten. Nach den Berichten der bürgerlichen Presse hat in dieser Sitzung der deutschnationale Vertreter, nachdem die übrigen bürgerlichen Parteien sich der Stellungnahme der KPD zur Bildung einer Regierung der Mitte angeschlossen hatten, erklärt, daß die Deutschnationalen die ihnen zugeordnete Hilfsfunktion der Erklärung einer bürgerlichen Minderheitsregierung ablehnen müßten und deshalb an den weiteren Beratungen nicht mehr interessiert seien.

Der Volksstaat, der gestern in einem Leitartikel zu dem Beschluß des Landespartiesrates der KPD zur Regierungsbildung Stellung nimmt, erklärt noch einmal die Gründe, die für die Entschiedenheit der KPD maßgebend gewesen sind und beschränkt dann die Deutschnationalen hoch und heilig, doch um alles in der Welt so viel „Staatsbürgerliche Einsicht“ an den Tag zu legen und — so schreibt das „Volk“ — „nach gründlicher Würdigung der Verhältnisse dieses Opfers, das ihnen zugeworfen wird, zu bringen.“

Nach diesem Anlauf vor ihren reaktionären Auftraggebern — der KPD doch die letzte Konsequenz ihres Arbeiterrates zu eripieren, nicht zu verlangen, daß die KPD durch ein offenes Koalitionsbündnis mit den Deutschnationalen in der Regierung ihre Existenz überhaupt aufs Spiel setzt, folgt der Hinweis auf die unter Umständen mögliche Auflösung des Landtages, die dann kommen könnte, — wenn, — so schreibt der Volksstaat, — „sich große Parteien dazu entschließen.“

Da aber diese reaktionäre Gesellschaft, eine der bürgerlichen Parteien immer mehr wie die andere, nichts mehr fürchtet als die Auflösung des Landtages und bei Neuwahlen die Stärkung des kommunistischen Einflusses, eine Fortsetzung des Vormarsches der Arbeiter und die Erledigung der ergaunerten Mandate ihrer KPD-Deputierten, so ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Deutschnationalen der neuerdings gegebenen Lage das notwendige Verständnis gegenüber aufbringen werden, zumal ja die KPD die Bereitschaft eines späteren offenen Zusammengehens mit den Deutschnationalen in ihrer Entschiedenheit in Aussicht gestellt hat. Die Annahme, daß die Deutschnationalen diesem verlässlicheren Bürgerblock ihre Hilfsfunktion leisten werden, bestärken heute morgen die deutschnationalen Dresdener Nachrichten, die die Hoffnung auf das Zustandekommen irgendwelcher Kompromißmöglichkeiten ausdrücken. Der deutschnationale Abgeordnete schreibt folgendes:

„Es wird nun abzuwarten sein, ob es den anderen bürgerlichen Fraktionen gelingt, den Deutschnationalen so entgegenkommende Bedingungen für ihre Entlassung zu bieten, die diesen die schließliche Annahme der notwendigen Hilfsfunktion erleichtern und ermöglichen.“

Das ist deutlich genug gesprochen. Wie die „entgegenkommenden Bedingungen“ aussehen werden, nachdem die Deutschnationalen offiziell in der wahrscheinlich zustande kommenden Regierung nicht vertreten sein werden, ist unklar zu sagen. Die bürgerlichen Regierungsparteien und die KPD sind bereit, ihre Politik im Schatten der Deutschnationalen — von denen die Existenz der Regierung abhängt — zu betreiben. Das Verlangen der schwarzweißen Reaktionskräfte nach Ministerposten soll und wird entschädigt werden mit politischen und personellen Garantien. Die Deutschnationalen halten auf Preis. Sie versuchen, ihre Aufnahmestelle so teuer als möglich bezahlen zu lassen.

Die Kosten sollen zu Lasten der Arbeiter beglichen und eine neue Aera sächsischer Reaktionspolitik, in der die Deutschnationalen die ausschlaggebende Rolle spielen und den Kurs bestimmen, eingeleitet werden.

Das ist der ganze Sinn des Regierungsgeschehens, der jetzt in diesen Tagen abgeschlossen werden soll oder bereits schon abgeschlossen ist. Schon bemerkt der Dresdener Anzeiger heute morgen, daß man jetzt bereits mit Sicherheit darauf rechnen könne, daß in der Landtagssitzung am 11. Januar Sachsens neuer Ministerpräsident gewählt werde. Der Anzeiger nennt auch den Namen dieses Repräsentanten des verhassten Bürgerblocks. Es ist, wie zu erwarten war, der getreue Lakai der sächsischen Reaktionskräfte, der KPD-Mann Heide. Nach ist von sich über die Belegung der übrigen Ministerposten nicht voll einig. Morgen sollen erneute Verhandlungen stattfinden. Der Anzeiger benennt für das Justiz- und Volksbildungsministerium die bisherigen völkerverhetzlichen Minister Banger und Dr. Kallje. Das Finanzministerium soll die Wirtschaftspartei, die sich jedoch energisch weigert, übernehmen. Die Schwierigkeiten, die sich über die Verteilung der Ministerposten heften, würden, so glaubt der Anzeiger, bald zu überwinden sein.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten nehmen heute morgen an dem Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen und dem Beschluß der Deutschnationalen Fraktion, ein Kabinett der

Mitte zu kopieren, wenn ihnen genügend Garantien geboten werden, Stellung. Zu dem Beschluß der KPD bemerkt das Blatt:

„Man wird für den antisozialistischen Standpunkt (Ablehnung der offenen Regierungskoalition mit den Deutschnationalen, d. Red. d. Arbeiterstimme) insoweit Verständnis entgegenbringen können, als diese sich nicht stark genug fühlen, die Gestaltung einer gemeinsamen Regierung mit den Deutschnationalen parteipolitisch zu ertragen. Andererseits sollen sich die Antisozialisten doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in einer Minderheitsregierung der Mitte unter Duldung der Deutschnationalen von diesen mindestens ebenso abhängig sind, wie in einer offenen Regierungskoalition. Es ist also nichts als Parteiakt, die die Antisozialisten zu ihrer Stellungnahme treibt. Wir fürchten, daß sie sich damit nur zu bald in eine Lage hineinmanövrieren, die ihnen noch unangenehmer sein wird, als das eine offene Koalition mit den Deutschnationalen sein könnte. ... Wenn schon keine andere Lösung als die Regierung der Mitte übrig bleibt — die Entscheidung hängt ja von den Deutschnationalen ab —, dann gibt es nur die einzige Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung, nämlich die der Stillen Koalition mit den Deutschnationalen. Das dieses Zusammengehens im Ministerverlauf zur offenen Koalition von den Antisozialisten bis zu den Deutschnationalen zwangsläufig führen muß, ist eine politische Selbstverständlichkeit, die außer von den Demokraten wohl von jeder anderen Fraktion eingesehen wird.“

Das Verständnis für die schwierige Lage ihrer KPD-Lakaien, das das Scherfmoherblatt an den Tag legt, und die Hoffnung auf das Zustandekommen einer späteren offenen Regierungskoalition von den Rechten bis Hoffmann ist bezeichnend. Wie lange diese Gesellschaft das geplante Spiel zu treiben imstande sein wird, liegt bei der sächsischen Arbeiterschaft. Es darf und kann keine Täuschung über das Wesen und den Charakter dieser „Minderheitsregierung“ oder „Regierung der Mitte“, oder wie sonst noch dieser verschleierte Bürgerblock genannt werden mag, unter der Arbeiterschaft gehen. Das, was jetzt in Sachsen durch die antisozialdemokratischen Arbeitervertreter als Regierung in den Sattel gehoben werden soll, ist nichts anderes, als die parlamentarische Vertörperung schwächster Reaktion.

Der sächsischen Arbeiterschaft drohen ernste Gefahren. Noch immer lehnen die KPD-Führer einen gemeinsamen außerparlamentarischen Kampf mit den Kommunisten gegen den Bürgerblock in Sachsen und für die Auflösung des Landtages ab. Die „Dresdener Volkszeitung“ beschränkt sich gestern in ihrer Stellungnahme zum Beschluß der KPD auf die Bemerkung, daß ein solches Kabinett der Mitte „von der Sozialdemokratie keinerlei Unterstützung zu erwarten hätte und nur zustandekommen und existieren könnte mit Hilfe der Deutschnationalen.“ Kein Wort des außerparlamentarischen Kampfes gegen die Pläne der sächsischen Reaktionskräfte. Noch immer wird der Wille der Arbeiter zum gemeinsamen Kampf von den sozialdemokratischen Führern sabotiert, und dann wundert sich noch die linke Volkszeitung für die Oberlausitz, wenn von uns diese unerschlossene Haltung und

das feige Verhalten der KPD-Führer vor den Arbeitern aufgezeigt wird. Die Volkszeitung für die Oberlausitz bemerkt zu dieser unserer Stellungnahme gegenüber der Haltung der KPD-Führer: „daß man daraus auch die Folgerungen ziehen muß“. Was soll das anderes bedeuten, als auch weiterhin, anstatt die Front gegen das Bürgertum zu richten und gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Arbeiterfeinde zu kämpfen, nun die Kommunisten erst recht betrieblen werden soll. So glauben die Offiziere und Genossen, die ja ihre Koalitionslohnjucht erst vor kurzem offen ausgesprochen haben, vor der Arbeiterschaft ihre Pläne zu verschleiern, um nach dem Willen des Parteivorstandes in Sachsen früher oder später zu der ersehnten Großen Koalition zu kommen. Auch die Weizsäcker-Volkszeitung lehnt jedes Zusammengehens mit den Kommunisten ab. Dafür fragt sie bei den Antisozialdemokraten an, „wie man sich denn die Bildung der Großen Koalition angesichts der Weigerung der Deutschen Volkspartei, mit der KPD zusammenzugehen, eigentlich denke“. Das zeigt erneut die wahre Absicht der sozialdemokratischen Führer in Sachsen.

Angesichts dieser Lage müssen die Arbeiter die drohenden Gefahren erkennen. Sollen die Pläne der sächsischen Reaktionskräfte juristisch gemacht werden, dann kann es nur eines geben: Organisation des gemeinsamen außerparlamentarischen Kampfes der Arbeiter gegen den Bürgerblock, für die Auflösung des Landtages, für ein rotes Arbeiterkabinett!

Noch keine Entscheidung über die Kabinettsbildung

Berlin, 4. Januar.

Wie ein Berliner Spätabendblatt sich aus Wien melden läßt, hat der Reichspräsident den bisherigen Wirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Bildung der neuen Regierung betraut. Diese Nachricht ist, wie der Telegraphen-Union von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, in dieser Form nicht richtig. Dr. Curtius ist bisher mit der Kabinettsbildung offiziell nicht betraut worden. Da Dr. Curtius zurzeit in Wiesbaden weil, ist seine Betrauung vor seiner Rückkehr nach Berlin, die erst für den 9. dieses Monats vorgesehen ist, nicht möglich.

Ein neues Rülz-Erzeugnis

Titel und Orden für die Rülzigen „Normalmenschen“

Berlin, 5. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Die Volkszeitung kündigt an, daß eine der ersten Taten der neuen Regierung ein Geschenk zur Verringerung des Artikels 109 der Verfassung sein würde, der bekanntlich Titel und Orden abschafft. Der Entwurf ist schon längst im Reichlichen Innenministerium fertiggestellt.

Kowlo — ein neues Garajebo

Die Absichten der Imperialisten

Während die imperialistische Presse in ihren Jahresbilanzen ebenso wie die imperialistischen Staatsmänner in ihren Jahresreden den Massen den Gedanken suggerieren wollen, das vergangene Jahr 1926 hätte große Fortschritte auf dem Gebiet der Sicherung des Friedens gebracht, während die sozialdemokratischen Lakaien des Imperialismus denselben Gedanken der Arbeiterklasse in poetischen Formulierungen mundgerecht machen, bereitet der englische Imperialismus an der Grenze der Sowjetunion in Litauen und Polen zäh und zielbewußt den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion vor. Während wir vom ersten Augenblick an auf die außenpolitischen Zusammenhänge der Ereignisse in Litauen, auf die Gefahren, die aus ihnen dem Frieden der Sowjetunion entstehen, hingewiesen haben, war die Sozialdemokratie kampflos bemüht, die Bedeutung der litauischen Ereignisse herabzumindern, sie als bloße „innere Angelegenheiten des litauischen Staates“ hinzustellen und damit die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von den Gefahren, die ihr von Litauen aus drohen, abzulenken.

Diese Taktik der Sozialdemokratie paßt genau so in den Gesamtplan ihrer Pläne, wie das imperialistische Verlöbniß der Grenzstaaten der litauischen Nationalregierungen und die systematische betriebene Hetze gegen die Sowjetunion. Die Sozialdemokratie erweist sich wieder einmal als ein williges Werkzeug des Weltimperialismus, als der Propagandist, der die Massen auf die Kriegspläne der Imperialisten stimmungslos vorbereiten soll. Was ist die internationale Sozialdemokratie der 2. Internationale zur Zeit der Vorbereitung und seit der Durchführung des litauischen Nationalputsches, der zum Ausgangspunkt blutiger Arbeiterkämpfe und brutaler Kriegsgelüste gegen die Sowjetunion geworden ist? Die litauische Sozialdemokratie, die in der Regierung saß, ließ die Nationalisten gewähren, richtete nicht einen Finger, um durch Mobilisierung der Arbeiter und Bauern den Putsch abzuwehren, obwohl sie von seiner Vorbereitung genau unterrichtet war. Die polnische Sozialdemokratie sprach dem litauischen Putsch ihr Vertrauen aus, obwohl sie von den abenteuerlichen Kriegsplänen Litauens gegen die Sowjetunion über keine Zweifel, mit denen er auch den Putsch in Litauen vorbereitete, genau Bescheid weiß. Die litauische und

litauische Sozialdemokratie, die beide in den Regierungen ihrer Länder sitzen, machen nicht den leisesten Versuch, um die drohenden Nationalistenputz abzuwehren, obwohl sie davon unterrichtet sind, daß in ihren Ländern, aus derselben Zentrale dirigiert dieselben Kräfte am Werke sind, die den Staatsstreich in Litauen vollbrachten.

Die deutsche Sozialdemokratie hat zu der Zeit, als in Litauen der litauische Staatsstreich heranzog, in ihrer Presse Hand in Hand mit der Presse des englischen Imperialismus die bekannte Schampanne gegen die Sowjetunion mit den „Sowjetgranaten“ geföhrt und durch ihre französische Bruderpartei der 2. Internationale den Plan einer noch breiteren Deklamation unterbreiten lassen. So arbeiten Sozialdemokratie und Imperialisten einander in die Hände. Zwischen dem Granatenschwundel in ihrer Presse und dem von Polen und England vorbereiteten Nationalistenputsch in Litauen bestehen die engsten Zusammenhänge. Sein Sinn und Zweck wird jetzt erst recht verständlich. Während die deutsche Sozialdemokratie den Auftrag hatte, die europäische Arbeiterschaft glauben zu machen, daß die Sowjetunion der gefährlichste Störenfried sei, hat der englische Imperialismus durch dieses Ablenkungsmanöver gerade seinen Vorstoß in Litauen gegen die Sowjetunion vorbereiten können. Während die Sozialdemokratie die westeuropäische Arbeiterschaft auf die Litauen-Sowjetunion starrte, ließ und der Imperialistenpresse das neue Stichwort zu einer großangelegten Hetze gegen die Union der GEM lieferte, mobilisierte Litauens keine Truppen, um Litauen zu annektieren, bereitete England von Litauen aus den Angriff auf die Sowjetunion vor. Kowlo soll das Garajebo des Angriffskriegs gegen die Sowjetunion werden.

Ueber die Zusammenarbeit zwischen Litauens und den sächsischen Nationalisten in Litauen, die bis jetzt gekennnt worden ist, gibt ein Agent Litauens, der polnische „Wirtschaftler“ Kowaczynski, überraschende Aufschlüsse. In einer Rede in Warschau schrie er die politische Bedeutung seiner litauischen Reise durch Litauen. Als Folge seiner Fühlungsnahme mit den litauischen Nationalisten im Auftrag Litauens hätten kurz vorher in mehreren Städten Europas, so in Luga und Kopenhagen, geheime Konferenzen zwischen den